Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5352**
16. Wahlperiode 15. 05. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2836 –

Attraktivität des Soldatenberufes steigern

A. Problem

Zur Steigerung der Attraktivität des Soldatenberufes soll die Bundesregierung

1. ein eigenes Besoldungsrecht für die Angehörigen der Bundeswehr schaffen, das an die Beamtenbesoldung angelehnt ist;
2. für alle Soldatinnen und Soldaten ein Stellenausschreibungs- und Bewerbungsverfahren einführen und insbesondere die Versetzungshäufigkeit auf ein dienstlich unvermeidbares Maß reduzieren;
3. einen Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung für Soldatinnen und Soldaten schaffen, die aufgrund des Einsatzunfalls oder einer vergleichbaren Wehrdienstbeschädigung eine Schwerbehinderung erlitten haben;
4. die vorhandenen Verwendungs- und Beförderungsstaus abbauen und
5. die Arbeitsbedingungen in der Bundeswehr an die Bedürfnisse einer familienorientierten Personalpolitik anpassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/2836 abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2007

Der Verteidigungsausschuss

Dr. Karl Lamers (Heidelberg)
Stellv. Vorsitzender

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Rolf Kramer
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Rolf Kramer, Birgit Homburger, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/2836** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 beraten und an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/2836 in seiner 36. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 16/2836 in seiner 32. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/2836 in seiner 40. Sitzung am 21. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/2836 in seiner 41. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** ist der Auffassung, dass der Antrag zwar zu Recht auf die Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung in mittel- und langfristiger Sicht hinweist. Allerdings sei festzustellen und zu begrüßen, dass die Bundeswehr schon heute durch ein eigenes Attraktivitätsprogramm gezielt um qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber wirbt. Die vom Antragsteller vorgeschlagenen Maßnahmen seien zu einem erheblichen Teil bereits durch Regierungshandeln abgedeckt, beispielsweise durch flexible Arbeitszeitmodelle, ein neues seit Januar 2007 geltendes Beurteilungssystem sowie die für 2008 vorgesehene Wehrsoldanhebung. Im Übrigen dürfe man die Bedeutung der Wehrpflicht nicht außer Acht lassen. Laut Nachwuchsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung werde derzeit ein Drittel des länger dienenden Personals über die Wehrpflicht gewonnen.

Seitens der **Fraktion der SPD** wird darauf hingewiesen, dass der Antrag aus Dezember 2006 Forderungen stelle, die bereits im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD enthalten seien. Dazu gehöre auch die Prüfung der Möglichkeit einer eigenen Besoldung für Soldaten. Hinsichtlich der Forderung nach Angeboten für eine eigenverantwortliche Altersvorsorge sei festzustellen, dass die Soldaten nicht anders behandelt würden als andere Angehörige des öffentlichen Dienstes. Auch der Entwurf eines Einsatz-Weiterverwendungsgesetzes für eine gesundheitliche und berufliche Rehabilitation einsatzverletzter Soldaten sei bereits auf den Weg gebracht, ebenso Arbeitszeitmodelle für Tele- und Teilzeitarbeit.

Die **Fraktion der FDP** betont, dass man sich mit der Frage der Attraktivität des Soldatenberufes intensiv, insbesondere vor dem Hintergrund der auch im Unterausschuss „Weiterentwicklung der Inneren Führung“ getroffenen Analysen, beschäftige. Man halte die zur Erhöhung der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber eingebrachten Forderungen nicht für überholt; die Hinweise auf die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag reichten nicht aus. Um eine Umsetzung zu erreichen, sei der eine oder andere Anstoß erforderlich. Wenn man dafür sorge, dass die Bundeswehr aufgrund entsprechender Maßnahmen als Arbeitgeber attraktiv bleibe, sei man auf die Wehrpflicht nicht angewiesen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** ist der Auffassung, dass ein Teil der Forderungen des Antragstellers sinnvoll sei. Soweit es aber um Themen wie Wehrpflicht gehe, müsse dies gesondert beraten werden.

Seitens der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird unterstrichen, dass die Forderungen des Antragstellers grundsätzlich in die richtige Richtung gingen. Insbesondere eine Neuregelung der Soldatenbesoldung, vor allem wegen der hohen Anforderungen an die Soldaten, sei wünschenswert. Bedauerlich sei, dass in diesem Zusammenhang noch keine ressortübergreifende Klärung herbeigeführt worden sei.

Berlin, den 14. Mai 2007

Anita Schäfer (Saalstadt) Berichterstatterin	**Rolf Kramer** Berichterstatter	**Birgit Homburger** Berichterstatterin
Paul Schäfer (Köln) Berichterstatter	**Winfried Nachtwei** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333